

## **Auszug aus dem Substanziellen Protokoll 68. Ratssitzung vom 8. Juni 2011**

### **1409. 2009/424**

#### **Postulat der SVP-Fraktion vom 23.09.2009: Parkplatzbuchhaltung über öffentliche Parkplätze**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Namens der SVP-Fraktion begründet **Theo Hauri (SVP)** das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4883/2009): Parkplätze sind und bleiben ein kostbares Gut, dessen Verfügbarkeit für die Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch zunehmend in den Aussenquartieren sind die Parkplätze für das Gastgewerbe, den Detailhandel und die zahlreichen Dienstleister überlebensentscheidend geworden. Eine gut geführte Buchhaltung ist daher ein wirkungsvolles Führungsinstrument, welches Vertrauen und jederzeit eine optimale Übersicht schafft. Nur so können Transparenz vermittelt, der wirtschaftsschädigende Parkplatzabbau im Ansatz vermieden und Missverständnisse von Beginn weg ausgeräumt werden. Was nützen hochtrabende Sprüche und kostspielige Standortförderungsmaßnahmen, wenn ein so entscheidender Wettbewerbsvorteil laufend durch Wegrationalisierung preisgegeben wird? Im Rahmen des Alleskönners SAP sollte die laufende Verwaltung der Parkplatzbuchhaltung keine Schwierigkeiten bereiten. Die geringen Kosten dafür werden von den hohen Steuereinnahmen der Wirtschaft spielend gedeckt. Er plädiert für die Unterstützung des Postulats.*

***Roger Bartholdi (SVP):** Bei diesem Vorstoss handelt es sich nicht um eine ideologische Debatte über die Zahl der Parkplätze. Es geht lediglich um die Transparenz bei deren Zählung. Denn erst mit einer korrekten Erhebung ist es möglich, darüber zu diskutieren, ob mehr oder weniger Parkplätze benötigt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Ruth Genner:** Der Stadtrat hat sich entschieden, das Postulat abzulehnen. Dies aus folgenden Gründen: Vier Fünftel aller Parkplätze in der Stadt sind privat. Die vorgängig geführte Debatte bezog sich auf die etwa 7 700 öffentlichen Parkplätze, die im Historischen Kompromiss enthalten sind. Zu jedem zu bewilligenden Baugesuch ist eine entsprechende Zahl von dafür zu erstellenden Parkplätzen verbunden. Als früher noch*

keine Tiefgaragen gebaut wurden, war es gang und gäbe diese auf öffentlichem Grund zu erstellen. Im Zuge der inneren Verdichtung ist eine weitere Erhöhung der Parkplatzzahl zu erwarten. In der vorherigen Diskussion kam zudem zum Ausdruck, dass verschiedene Arten von öffentlichen Parkplätzen existieren. Es ist mir ein Rätsel, wer sich mit all diesen Parkplätzen beschäftigen soll. Die knappen Ressourcen der Stadtverwaltung müssen für sinnvolle Dinge eingesetzt werden. Wenn nun alle etwa 50 000 Parkplätze permanent überwacht und erfasst werden sollen, würde dafür eine Person mit einem 100 Prozent-Pensum nicht ausreichen. Die bereits mehrfach angesprochene Studie hat aufgezeigt, dass es nicht möglich ist, für alle Parkplätze Aussagen zu deren Wertschöpfung zu machen. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, zu betonen, dass die Zahl der öffentlichen Parkplätze in den letzten Jahren konstant geblieben ist. Da sich der Aufwand, den dieses Postulat generiert, nicht lohnt, bitte ich um dessen Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

**Simone Brander (SP):** Gerade die Fraktion, die sich sonst gegen jeden staatlichen Eingriff wehrt und immer findet, der Staat habe zu viel Macht, ruft mit diesem Vorstoss nach der helfenden, öffentlichen Hand und nach viel mehr Staat. Die städtischen Angestellten sollen demnach, mit dem Fotoapparat bewaffnet, tagelang durch die Stadt wandern und mit grossem Aufwand jeden einzelnen Parkplatz aus der bestmöglichen Perspektive fotografieren und dessen Zweckbestimmung herausfinden. Das scheint mir ein sehr schwieriges Unterfangen zu sein.

Nach der vorherigen Diskussion würde ein wenig Lockerheit bei diesem Thema nicht schaden. Zudem hätte die Urheberfraktion dafür statt eines Postulats bei der letzten Budgetdebatte einen Antrag auf Budgeterhöhung einreichen können, damit alle Leute, die Parkplatzdetektive werden sollen, auch bezahlt werden können. Die SP lehnt diesen Vorstoss ab, da sie sich gegen die Erteilung von immer neuen Aufgaben an die Verwaltung ohne die Bewilligung der dafür benötigten Ressourcen wehrt.

**Roger Liebi (SVP):** Die von Ihnen angesprochenen städtischen Angestellten mit den Fotoapparaten existieren bereits. Anstatt damit die Zahl der Parkplätze aber zu verringern, könnten sie diese entsprechend zählen.

Es wäre meines Erachtens richtig und wichtig, diese Buchhaltung korrekt zu erstellen. Leider erhalte ich durch die Voten meiner beider Vorrednerinnen den Eindruck, dass sie die geforderte Transparenz nicht herstellen wollen.

**Simon Kälin (Grüne):** Der Vorstoss ist schlicht weg zu bürokratisch, zu aufwendig und zu teuer und daher als untaugliche Massnahme abzulehnen. Es ist bezeichnend, dass die SVP lieber Geld für eine Parkplatzstatistik ausgäbe als für eine Geburtsklinik im Triemli.

**Theo Hauri (SVP):** Die zuständige Stadträtin kann leicht behaupten, dass in den Ausenquartieren das Parkplatzproblem inexistent sei. Aber gerade in Zürich-Nord stimmt das aufgrund der zunehmenden Bautätigkeit nicht. Die Zuzüger werden sich vor allem mit dem Auto fortbewegen, was bedeutet, dass es mehr Parkplätze braucht. Auch das

3 / 3

*florierende Gewerbe in Zürich-Nord ist auf diese angewiesen.  
Ob dem ganzen Gejammer wegen der knappen Ressourcen kommen mir fast die Tränen. In den letzten Jahren wurden Unsummen in das SAP-System der Stadt investiert. In anderen Bereichen werden Statistiken erhoben, auch wenn sie noch so unnötig und nicht aussagekräftig sind. Zudem wären wahrscheinlich Synergien mit anderen Erhebungen möglich.*

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** Ein Parkplatzproblem in Zürich-Nord kann ob der leeren Parkhäuser an einem Marktsamstag in Oerlikon nicht postuliert werden.

Das Postulat wird mit 37 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat